

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile ober deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Freitag, den 24. Januar 1902.

9. Jahrgang.

Stier zu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote“.)

Berlin, den 22. Januar 1902.

Im Reichstag setzte heute die 2. Lesung des Etats sehr lebhaft ein. Der Etat des Reichstags, mit dem begonnen wurde, ließ sich zwar rasch erledigen, nachdem einige bescheidene Wünsche auf besseres Essen in der Reichstagsrestauration, auf saubere Zugangswege zum Gebäude, und schließlich auch noch um bessere Theaterplätze für die Herrn Abgeordneten laut geworden waren. Dagegen schlug die Disziplin beim Etat des Reichskanzlers erregte Wellen. Graf Bülow mußte nicht weniger als fünfmal das Wort nehmen, bevor ihm sein Gehalt bewilligt wurde. Den Anstoß zu der ganzen Debatte gab der jüngst erst in das Haus eingetretene Dr. Barth. In recht geschickter Weise benutzte der Führer der freisinnigen Vereinigung die Gelegenheit, um den Reichskanzler zu Erklärungen über die Stellung des Bundesrathes zu den Initiativanträgen des Reichstages, auf erhöhten Schutz der Wahlfreiheit, auf Bewilligung von Diäten, auf Ausdehnung des Rechtes der freien Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten, herauszulockern. Der Redner fragte den Grafen Bülow spöttisch, ob er, der die preussische Verfassung nach eigenem Geständniß immer in der Tasche trage, nicht auch Zeit zum Studium der Reichsverfassung fände. In ihr wird ausdrücklich die Gleichberechtigung des Reichstages und des Bundesrathes ausgesprochen. Seit Jahren aber ist es Gewohnheit geworden, daß bei der Verhandlung von Initiativanträgen im Plenum kein Vertreter des Bundesrathes zu sehen ist. Auch an den Kommissionsberatungen über derartige Anträge nimmt kein Kommissar des Bundesrathes theil. Und schließlich läßt der Bundesrath den Reichstag jahrelang auf Antwort warten und theilt ihm nicht mit, wie er sich zu den Initiativanträgen verhalte. Besonders warm legte der Redner dem Reichskanzler als Hüter der Verfassung den Schutz des Wahlgeheimnisses ans Herz und empfahl ihm, dem bekannten Antrag Rickert auf Einführung amtlicher Kouvets und eines Stolltraumes für die Wähler die Zustimmung des Bundesrathes zu bewirken. Graf Bülow verschanzte sich in seinen Antworten ganz hinter formalen Einwänden. Auf eine Abänderung des Wahlreglements einzugehen, lehnte er in seiner ersten Rede glatt ab, später drohte er verflucht mit der Möglichkeit einer Verschlechterung des Wahlrechts, wenn überhaupt die Frage des Wahlrechts im Bundesrath angeschnitten würde. Auch in der Behandlung der Initiativanträge solle alles beim Alten bleiben. Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist der Bundesrath ein geradezu mittelalterliches Regierungsinstrument. Es wird in ihm mit ja und nein von den Vertretern nach den Instruktionen ihrer Regierungen abgestimmt, und diese Ja- und Neinmaschinen sind häufig gar nicht in der Lage, die Gründe für ihre Abstimmung anzugeben. Zu der Unverantwortlichkeit des Ministerpräsidenten gesellt sich also nach Graf Bülow auch noch die Unverantwortlichkeit der Bundesrathsmitglieder. Was bleibt dann schließlich noch übrig? Beständig bezog sich der Reichskanzler auf den Fürsten Bismarck als den Schöpfer der Reichsverfassung. Die Diätenlosigkeit bezeichnete er als Voraussetzung und Ergänzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, wenn auch aus seinen Worten herausklang, daß er von der Zweckmäßigkeit der Diätenverweigerung angefaßt des Zolltarifs nicht gerade überzeugt ist. Nebenarten, wie er sie gebrauchte, werden mit Vorliebe von reaktionären Mäthern angewendet, die aus der Gewährung der Diäten ein Geschäft machen möchten, das die Abgeordneten mit der Zustimmung zur Beseitigung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen bezahlen sollen. Der Freikonservative Liebenow, der früher die rechte Hand Bismarcks war, besaß die Stirn, diesen Vorschlag im Reichstag offen zu machen. Die Linke gab ihrer Entrüstung darüber kräftigen Ausdruck. Von allen Rednern wurde dem Reichskanzler versichert, daß sie mit seinen Antworten alles weniger denn zufrieden seien. Für das Centrum trat Kaplan Dasbach sehr energisch für den Schutz des Wahlgeheimnisses und für die Gewährung von Diäten ein. Genosse Singer drückte seine Freude darüber aus, daß durch diese Debatte dem Reichskanzler Grafen Bülow Auge um Auge die Ansichten des Reichstags über die Sicherung des Wahlgeheimnisses und Diätengewährung ausgesprochen werden konnte. Mit großer Lebendigkeit wies unser Redner auf die Wahlbeeinflussungen hin, die sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokraten richten. Sehr feistlich betrachtete er das Vorgehen des Reichskanzlers, daß Remedur eintreten solle, wenn die Wahlmissbräuche erwiesen seien. Bisher hat diese Remedur immer darin bestanden, daß Landräthe in höhere Stellen versetzt wurden. Auch der nationalliberale Abg. Wasserermann sah in dem Fernbleiben des Bundesrathes bei Initiativverhandlungen den Ausdruck einer gewissen Mißachtung, forderte eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses und nannte die Gründe des Reichskanzlers gegen die Diäten nicht stichhaltig. Nur Herr Dertel sprang dem Reichs-

kanzler bei, der ihm dann auch sofort seinen Dank dafür aussprach. Auch die Freisinnigen Lenzmann und Bech verurtheilten das Verhalten des Reichskanzlers, obwohl dieser es mit einer glatten Schmeichelei versucht hatte, den Reichstag eine ausgezeichnete und stattliche Versammlung zu nennen. Herr v. Levegow hat schließlich, doch wenigstens die Ausdehnung der freien Eisenbahnfahrt zu gewährt.

Nach dem Etat des Reichskanzlers kam der Etat des Reichsamtes des Innern heran. Herr Fische hielt seine bekannte sozialpolitische Rede. Er verlangte Beschränkungen für gesundheitschädliche Fabriksbetriebe, einen Kinder- und Bauhandwerkerschutz. Der freisinnige Abg. Müller, Weininger besprach die den Frauen so unangenehme Gesetzgebung namentlich auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens. Er streifte dabei das Verbot des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins durch den frauenfeindlichen Rektor der Berliner Universität. Nachdem der Abg. Prinz Schönau-Carolath sich den Ausführungen des Abg. Müller im Wesentlichen angeschlossen hatte, antwortete Graf Posadowsky in längerer Rede auf alle an ihn gestellten Fragen.

Man wird von dem 12000 Mark-Minister in unserem Lager keine allzugroßen sozialpolitischen Fortschritte für die nächste Zeit erwarten haben, daß er aber jeden Schein einer Reform so ängstlich aus dem Wege gehen würde, übertraf doch alle Erwartungen. Für die Regierung häufen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, wenn es gilt, irgend eine arbeiterfreundliche Maßregel in die Wirklichkeit zu überführen. Die Kinderschutzfrage ist sehr schwierig, das Verbot der Phosphorbemahlung in der Zündholzfabrikation sehr bedenklich und so geht es weiter. Freundlicher als dem Arbeiterschutz steht der Graf dem Frauenstudium gegenüber. Zum Schluß trat Herr v. Kardorf als Spatzvogel auf. Er begeisterte sich heute plötzlich für das Wahlrecht der Frauen und sprach die Meinung aus, daß dann die Opposition im Reichstag schwächer, als jetzt, vertreten sein würde. — Nach dieser Harlekinade wurde die Weiterberathung auf Donnerstag vertagt.

124. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf v. Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats. Die Berathung beginnt mit dem Etat des Reichstages.

Gamp (Rp.) bringt die Wegeverhältnisse in der Umgebung des Reichstages zur Sprache. Sollten es die Finanzen des preussischen Staates nicht gestatten, Bürgersteige auf diesen bei schlechtem Wetter ungangbaren Wegen anzulegen, (Heiterkeit), so übernimmt vielleicht der Reichstag diese Ausgabe. Redner bittet ferner den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten bessere Plätze in den Theatern als bisher erhalten.

Präsident Graf Ballestrin sagt zu, eine Erfüllung dieser Wünsche verlohne sich zu wollen.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) beschwert sich über das häufig schlechte Essen in der Reichstags-Restauration.

Präsident Graf Ballestrin verweist den Vorredner auf den in der Restauration befindlichen Beschwerdebüchlein.

Der Etat des Reichstages wird hierauf bewilligt. Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Dr. Barth (Fp.) kommt auf die Aenderungen des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus, daß er die Verfassung streng zu wahren strebt sei, zurück, erinnert an die in der Verfassung gewährte Gleichberechtigung des Bundesrathes und Reichstages, und beschwert sich über die Behandlung, die den Initiativanträgen des Reichstages seitens des Bundesrathes fast regelmäßig zu Theil wird. Diese Behandlung entspricht nicht der Gleichberechtigung der beiden Faktoren. Bei Initiativanträgen nimmt fast nie ein Vertreter des Bundesrathes theil, sowohl im Plenum wie in den Kommissionen. Die Anträge werden fast regelmäßig ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Der so und so oft angenommene Diätenantrag hat noch immer nicht die Zustimmung des Bundesrathes gefunden. Das Wahlgeheimnis wird auch nicht genügend gewahrt. Der Antrag auf Einseitigkeit der Stimmzettel ist ebenfalls vom Bundesrath noch immer nicht genehmigt worden. Der Antrag auf amtliche Kouvets für die Stimmzettel und Stolltraume für ihre Abgabe mußte von uns von Neuem eingebracht werden. Ich erwarte, daß der Reichskanzler seinen Einfluß dahin geltend macht, daß dieser Antrag nunmehr angenommen wird. Zu anderen Aenderungen schon seit langem Einrichtungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses. Ferner möchte ich den Reichskanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß alles vermieden werde, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika trüben könnte. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß bei der Unabhängigkeit der Reize des Prinzen Heinrich nach Amerika sich dort so außerordentliche Sympathie für Deutschland zeigte. Ich hoffe, daß diese guten Beziehungen stets mit Eifer gepflegt werden. (Bravo! links.)

Reichskanzler Graf Bülow: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners muß ich betonen, daß ich mir meiner Pflicht voll bewußt bin, daß bei den Wahlhandlungen die bestehenden Gesetze auf das schärfste beobachtet werden. Einer Abänderung der Wahlvorschriften im Sinne des Herrn Barth bin ich aber nicht in der Lage zuzustimmen. (Unruhe links. Zustimmung rechts.) Herr Dr. Barth hat dann weiter die Stellung der Regierung gegenüber Initiativanträgen aus diesem hohen Hause berührt. Gegenüber diesen Ausführungen muß ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich bei den Verhandlungen über Initiativanträge

in diesem hohen Hause vertreten lassen wollen. (Unruhe links) Wenn ich gewiß auch durchdrungen bin von der Ueberzeugung, daß die Parität zwischen Reichstag und Reichsregierung erhalten bleiben muß, so wird Herr Dr. Barth doch nicht bestreiten können, daß schon manche Vorlage der verbündeten Regierungen nicht angenommen worden ist von diesem hohen Hause (Heiterkeit), und daß daher auch die verbündeten Regierungen in der Lage sein müssen, einem Initiativantrage aus diesem Hause zuzustimmen oder nicht. Was unser Verhältnis zu Amerika anlangt, so sind wir von dem Wunsche erfüllt, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung die traditionellen guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, die uns mit Amerika verbinden. Ein Ausdruck dieser Beziehungen ist die Reise des Bruders unseres Kaisers und ich bin überzeugt, daß der Empfang, den er finden wird, den Gefühlen zweier großer Nationen entsprechen wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Dasbach (F): Wenn sich Urbelstände aus dem Wahlgesetz ergeben, so muß der Reichskanzler dem Reichstage zu Hilfe kommen. Alle Wahlprüfungen zeigen, daß die geheime Wahl nicht garantiert ist. Der Reichstag hat noch keine Hilfe erfahren über die Gründe, weshalb der Bundesrath das Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit abgelehnt hat. Will man durch die Nichtgewährung von Diäten erklären, daß der Reichstag minderwerthig sei, gegenüber den Herren vom Bundesrath? Wenn die Regierung die Obstruktion gegen den Zolltarif verhindern will, dann ist die Nichtgewährung von Diäten das schlechteste Mittel. (Bravo! im Centrum.)

Singer (SD): Der Herr Reichskanzler sagt, der Bundesrath habe selbst zu entscheiden, ob er sich bei den Beratungen des Reichstages vertreten lassen wolle; er vertritt jedoch die Ansicht, daß der Reichstag auf den Bundesrath Rücksicht nehmen müsse. Hätte man gewußt, daß der Reichstag vom Bundesrath derartig als quantitate négligeable behandelt werden würde, hätte man seinerzeit sicher eine Bestimmung getroffen, die den Bundesrath verpflichtet, auch bei Verhandlungen über Initiativanträge zugegen zu sein. Die Regierung und der Reichskanzler sehen den Reichstag nur als notwendige Erscheinung im öffentlichen Leben an und würden es am liebsten sehen, wenn er gar nicht da wäre. Wie Sie (nach rechts) das Wahlrecht ändern würden, wissen wir ja genau. Sie würden das allgemeine geheime Wahlrecht überhaupt abschaffen. Der Herr Reichskanzler hatte durchaus kein Recht, sich einfach hinter die formalen Einwände zu verschauen. Wenn er dafür sorgen will, daß den Gesetzen nachgekommen wird, dann muß es auch dahin kommen, Gesetze, die sich zur Wahrung des Wahlgeheimnisses als unzutraglich erwiesen haben, entsprechend abzuändern. Wenn auch das Gesetz in grober Weise verletzt wird, so sibt doch der Abgeordnete 3 oder 4 Jahre hier und übt alle Rechte eines Volkvertreters aus. Die Verhandlungen der Wahlprüfungskommission zeigen, daß in den großen Industriezentren, und besonders im Königreich Sachsen, keiner Partei gegenüber die Wahlfreiheit so verletzt wurde, wie der Sozialdemokratie gegenüber, und das unter dem allerdings nicht ausgesprochenen Beifall der maßgebenden Regierungsstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Präsident Graf Ballestrin: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Verletzungen der Gesetze sich des Beifalles der maßgebenden Regierungsstellen erfreuen.

Singer: Die Arbeiter werden besonders im Gebrauch der Wahlfreiheit verkrüppelt. Die Unternehmer in den Industriegebieten treffen Einrichtungen, die die Wahlfreiheit ganz aufheben. Da sollte man doch nicht davon sprechen, daß der Wille der Bevölkerung hier zum Ausdruck kommt. An der Wahlfreiheit aber haben alle Parteien ein Interesse. In Deutschland haben gerade die Oppositionsparteien unter dem geltenden Wahlreglement zu leiden. Am schwersten wird namentlich die Sozialdemokratie geschädigt. Wenn in meiner Partei nicht so große Opferwilligkeit und Energie vorhanden wäre, würden wir bei den Anstrengungen der Beamten und Unternehmer nicht in so großer Zahl hier sitzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Wahlrechtsfrage, in der fast der ganze Reichstag einig ist, sollte der Herr Reichskanzler endlich dafür sorgen, daß der Wille des Volkes durch die Gesetzgebung zur Wahrheit werde. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Reichskanzler Graf Bülow: Wenn die Verbündeten Regierungen auf eine Abänderung des Wahlgesetzes eingingen, dann würden dabei sehr viele anders geartete Wünsche zur Erledigung kommen müssen. Es ist wohl begrifflich, daß die Regierung es sich dreimal überlegt, bevor sie eine so schwierige und fristige Materie anspricht, (Hört! Hört! links.) während sie sich bisher von dem Grundsatze leiten ließ: quiesca non movere (Zustimmung rechts. Unruhe links.) Das bestehende Wahlverfahren ist doch nicht so traurig, da es einen so ausgezeichneten und stattlichen Reichstag herbeigeführt hat. (Heiterkeit und Unruhe links.) Die Diätenlosigkeit hat Fürst Bismarck als Voraussetzung, als Korrelat für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht in die Verfassung eingeführt. Es mag eine offene Frage bleiben, ob es politisch oder nicht politisch, zweckmäßig oder unzweckmäßig ist, die bestehende Diätenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Ein Vorwurf aber kann der Regierung aus der Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Zustandes billiger Weise nicht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Wasserermann (ML): Es liegt unzweifelhaft eine gewisse Nichtachtung der Thätigkeit des Reichstages darin, daß der Bundesrath sich bei Berathung von Initiativanträgen nicht vertreten läßt. Wir werden auch nicht billigen, daß die Antwort auf von uns angenommene Anträge jahrelang auf sich warten läßt und schließlich noch ohne Angabe von Gründen erfolgt. Der Wunsch nach besserer Sicherung des Wahlgeheimnisses ist im Reichstag fast allgemein.

Dr. Dertel (R): Die Stellung des Herrn Reichskanzlers bedeutet keine Verletzung der Verfassung. Der Bundesrath hat das Recht, Initiativanträge abzulehnen; wünschenswert wäre, wenn er die Gründe mittheilte. Das Wahlgesetz, das noch heute den Namen Klozetgesetz führt, halte ich mit der Würde des Reichstages für nicht vereinbar. Je mehr es verschiedene Wahlzettel giebt, desto schwerer wird die Kontrolle der Wähler. (Stürmische Heiterkeit.) Die Anwesenheitsgelder würden auch uns zu gute kommen, ich sehe sie aber nicht als Entlohnung der Abgeordneten für ihre Thätigkeit

Regierung erklärte Mittwoch in der Finanzkommission der Kammer, daß sie anerkennt, daß wegen der durch die Postkonvention veranlaßten Abweichung im Finanz-Etat die ständige Beschäftigung einzuhalten sei. — Farrer Raumann, der in Folge Ueberarbeitung schon seit Wochen sich von seiner schriftl. Verichten Tätigkeit zurückziehen mußte und zur Zeit in Urlaub Erholung sucht, soll, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, dieselbst neuerdings so bedenklich erkrankt sein, daß jedenfalls auf eine baldige Wiederherstellung kaum zu hoffen ist. — Auf dem Bahnhof in Gelsenkirchen entlegte Mittwoch früh die Lokomotive und mehrere Wagen eines Kohlenzuges. Hierbei wurde ein Bahnbearbeiter getötet und ein anderer leicht verletzt. — Bei der Auf-führung des nach dem Roman Zola's bearbeiteten Schauspiel „La Terre“ im Theater Antoine in Paris kam es Dienstag zu Kundgebungen für und gegen Zola, die sich noch auf der Straße fortsetzten. Bei dem hierbei erfolgten Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Drehfüßlern wurden zwei Personen schwer verletzt. — Die chinesische Regierung bebauert die Ermordung des französischen Missionars in Kwantung auf des tiefste, und hat sofort Schritte, um die Schuldigen zu bestrafen und Sühne zu leisten. — In Rom beschloß Dienstag eine große Arbeiter-Versammlung die Proklamierung des Generalstreiks für den Fall, daß die Romane nicht binnen 10 Tagen den Arbeitslosen Beschäftigung gebe. — Durch eine Explosion schlugen der Wetter in den Gruben von Azarcon (Spanien) wurden sieben Bergleute getötet. — In Armenien fand im Sandtschaf Masch ein Zusammenstoß zwischen einer armenischen Bande und einer Gendarmerie-Abtheilung statt, wobei ein Gendarmerie-Offizier getötet, ein Unteroffizier und ein Gendarm verwundet wurden. Es gelang der Bande zu entkommen. — Der amerikanische Ackerbauernrat übermittelte dem Kongreß das Verlangen für sofortige Bewilligung von 40 000 Dollars zur Fortsetzung der Fleisch-Inspektion nach dem 1. März. — Der Kampf der Philippinos um ihre Freiheit schreit nicht umsonst gewesen zu sein. Präsident Schurmann von der Cornell-Universität, der der Vorsitzende der ersten Philippinen-Kommission war, erklärte in einer Ansprache in Boston, Amerika wolle den Philippinos volle Unabhängigkeit gewähren. — Das „Reiterische Bureau“ meldet aus Hongkong: Auf einem Passagierboot, das am 19. Januar von einem englischen Schleppdampfer auf dem Westflusse zwischen Fong und Sainam geschleppt wurde, hatten sich 12 chinesische Räuber eingeschmuggelt, die während der Fahrt begannen, die Passagiere auszuplündern. Ein Wachtboot, das zu Hilfe eilte, nahm 6 Räuber gefangen, die anderen 6 gelangten an Bord des Schleppdampfers und überwältigten dessen Mannschaft, verließen dann den Schleppdampfer wieder und nahmen 2 Leute der Besatzung desselben als Geiseln mit sich. In dem zurückbleibenden Theil der Besatzung sagten die Räuber, die Behandlung der von ihnen fortgeführten Geiseln werde von der Behandlung abhängen, die den gefangenen Räubern zu Theil werde.

Dänemark.

Ein umfangreicher Streik droht in Kopenhagen auszubrechen. Außer den Heizern haben, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, auch die Hafnarbeiter und Matrosen beschlossen, den Streik zu erklären.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz berichtet ein Telegramm Rütchens über die Einnahme eines kleinen Burenlagers durch Truppen Methuens. Die Einnahme erfolgte 8 Meilen von Boshport. — Bruce Hamilton machte in der Nacht des 18. d. Mts. einen Marsch auf Witbank gegen Botha, der inzwischen abgezogen war; doch gelang es, 27 Gefangene zu machen. — Die Ermordung Sheepers in den Formen eines kriegsgerichtlichen Urtheils hat zwei Proteste gezeitigt. Einem Brüsseler Telegramm zufolge richtete Lord's eine Note an die Großmächte, welche gegen die Hinrichtung Sheepers protestirt, sie als Mord kennzeichnet und erklärt, Botha und De Wet könnten nicht verantwortlich gemacht werden, wenn sie beschließen, Repressalien zu ergreifen. In Washington aber hat das Kongreß-Mitglied Smith einen Antrag eingebracht, welcher den Staatssekretär auffordert, bei der englischen Regierung gegen die Hinrichtung des Burenkommandanten Sheepers zu protestiren.

Amerika.

Die Niederlage der venezolanischen Regierung in dem Gefecht am Montag wird dem Austausch von Gefangenen zugeschrieben, da einige freigelassene Gefangene den Aufständischen Mittheilung über die Absichten der Regierung machten. Das Schiff der Aufständischen, „Padilla“, welches weiß angestrichen worden war, um die Offiziere der Regierungstruppen zu täuschen, gelangte unerkannt bis in eine Entfernung von ungefähr 300 Metern an das Schiff der Regierungspartei „Lautaro“ heran und begann zu schießen. Die „Lautaro“ konnte sich aber wegen ihrer Stellung der zwei vorn befindlichen großen Kanonen nicht bedienen und feuerte mit einer kleinen Achter-Kanone. Der Kanonier wurde jedoch getötet, und die ausländische Mannschaft verweigerte den Gehorsam. Der frühere Gouverneur Alban schloß auf den auf dem Deck der „Lautaro“ stehenden General Garcia, der an Stelle Albans zum Militärgouverneur ernannt worden ist. Die Einnahme Panamas wird wegen der anwesenden Truppenzahl für unmöglich gehalten. Auch empfangen der Kommandant des amerikanischen Kriegsschiffes „Philadelphia“ Anweisungen aus Washington, einen Angriff auf Panama nicht zuzulassen.

Über und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 23. Januar.
Der Zug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Dem Jahresbericht der Zählstelle Lübeck des deutschen Metallarbeiter-Verbandes entnehmen wir Folgendes: Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1902 786 gegen 732 am gleichen Tage des Vorjahres; es ist mithin eine Zunahme von 54 zu verzeichnen. Die Jahreseinnahme betrug 12 485,91 Mk., der eine Gesamtausgabe von 12 220,08 Mk. gegenüberstand, demnach beträgt der Rassenbestand am 1. Januar 1902 265,83 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf: Streikunterstützung 101,96 Mk., Unterstützung in Nothfällen an 18 Mitglieder 799 Mk., Reiseunterstützung für 1388 Tage 1380,21 Mk. und Arbeitsloser-Unterstützung für 1388 Tage 2105,10 Mk. An letztgenannter Unterstützung wurden bezahlt im 1. Quartal 359,04 Mk., 2. Quartal 151,21 Mk., 3. Quartal 359 Mk.

und 4. Quartal 1235,85 Mk. Für Bibliothekszwecke wurden 180,76 Mk. verausgabt. Die Reservekasse hatte am 1. Jan. d. J. einen Rassenbestand von 906,46 Mk. Aus derselben wurden u. A. bezahlt: Unterstüfung an 10 Mitglieder 287 Mk., Schlafmarken für nicht bezugsberechtigte reisende Mitglieder 332 Stück à 30 Pf. = 99,60 Mk., Weihnachtsgeschenke für 54 arbeitslose Mitglieder 189 Mk., Mietheunterstützung für die streikenden Kohlenarbeiter 108 Mk., an die Nienburger Glasarbeiter 80 Mk. und an die Schwabacher Goldschläger 50 Mk. Die Arbeitersekretariatskasse weist einen Rassenbestand von 11,50 Mk. auf. — An Versammlungen wurden im Berichtsjahre abgehalten: 24 ordentliche und eine außerordentliche Mitgliederversammlung. In 3 Versammlungen referirte Kollege Wiffell über: „Das Goldschmidt'sche Verfahren: Erzeugen von hoher Wärme-Grade“; „Alkoholfrage“ und „Arbeitszeit, Lohn und Leistungen“. In einer Versammlung referirte Genosse Stellung über: „Das 19. und 20. Jahrhundert“. Der Besuch der Versammlungen belief sich auf durchschnittlich 139 Personen. Das 10-jährige Stiftungsfest erlebte sich eines guten Besuchs; es wurden 116,83 Mk. Ueberfluß erzielt, wovon 50 Mark der Partei, das übrige der Reservekasse überwiesen wurde. Die öffentliche Versammlung war von ca. 1000 Personen besucht. Kollege Wiffell referirte über: „Die Krise.“ Eine Agitation unter den Mitgliedern des Verbandes für den „Volksboten“ ergab das erfreuliche Resultat, daß 86 neue Abonnenten gewonnen wurden. — Nach Berufen waren die Mitglieder wie folgt vertreten: Schlosser 310, Arbeiter 147, Klempner 113, Dreher 80, Schmiede 40, Mieter 34, Kesselschmiede 16, Feiger 6, Gelbgießer 10, Former 5, Feilenhauer 5, Goldarbeiter 5 und Schleifer 2. Sonstigen Berufsarten gehörten 13 Mitglieder an. — In Anbetracht der schlechten Zeiten kann die hiesige Zählstelle des Metallarbeiter-Verbandes mit ihrer Entwicklung im Vorjahre sehr zufrieden sein.

Dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung lagen am Mittwoch 5 Fälle zur Entscheidung vor. — Die Wäherin R. ist nachgewiesenermaßen zur Mitte August v. J. infolge eines Augenleidens vollständig erwerbsunfähig. Sie erlos deshalb Anspruch auf Invalidenrente, welcher jedoch von der Landesversicherungsanstalt abgelehnt wurde, weil sie während der letzten vier Jahre nur 178 — anstatt der vorgeschriebenen 200 — gelebt hätte und somit ihre Invalidität erloschen war. Hiergegen legte Frau R. Berufung ein und wies nach, daß sie vom November 1900 bis zum 25. Juni 1901 jenseits ihrer früheren Arbeitgeberin mit Knopflochnähen im Hause beschäftigt gewesen war, ohne daß Marken gestellt worden sind. Außerdem stütze sich die Berufungsbefragte darauf, daß eine durch Familienverhältnisse und Krankheit bedingte Unterbrechung der Arbeit vom 1. Februar bis zum 11. Juni 1900 mit in Anrechnung zu bringen sei. Die Landesversicherungsanstalt behauptete nunmehr, daß die Beschäftigung der Klägerin — Knopflochnähen im Hause — überhaupt nicht der Versicherungsspflicht unterliegen habe, aus diesem Grunde sei schon der Anspruch abzuweisen. Das Schiedsgericht sprach der von der Arbeitersekretär Wiffell vertretenen Klägerin die Invalidenrente zu. — Der Schwabe C., z. B. wohnhaft in Carlstraße, bezog wegen eines Augenleidens Invalidenrente. Auf seinen Antrag wurde ihm sodann bei seiner Mithilfe in die Gemüth eine Abfindung in Höhe der dreifachen Jahresrente mit zw. 435,60 Mk. bewilligt. Gegen die Höhe der Abfindung erhob C. Widerspruch, derselbe mußte jedoch, da entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen verfahren sei, abgewiesen werden. — In zwei weiteren Fällen sollen Bergbauarbeiten eingeholt werden, während im letzten Falle eine Verletzung zum Tode einer Bergarbeiterin eintrat.

Der Zoologische Garten nebst Restauration ist, wie unsere Leser bereits aus der Annonce in der letzten Nummer ersehen haben werden, von Herrn W. Grammer für käuflich übernommen worden. Leider war der Garten unter seinem früheren Besitzer arg vernachlässigt worden, so daß der neue Besitzer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Trotzdem ist der Garten jetzt bereits sehr schön wieder in Stand gesetzt worden, so daß es sich trotz der Jahreszeit lohnt, denselben einen Besuch abzustatten. Der Besitzer hat sich bekanntlich bereit erklärt, schon jetzt jedem Gast die Thiere in ihren Winterquartieren ohne weitere Kosten zu zeigen, so daß sich hier Gelegenheit bietet, die Thiere in ihrer Winterkleidung besichtigen zu können. Bis zur Eröffnung des Gartens wird der neue Besitzer noch mehrere Neuanschaffungen vornehmen und sieht somit zu erwarten, daß der Garten alsdann seinem Doppelnamen, eine der Belebung und Erholung geweihte Stätte darzustellen, voll erfüllen wird.

Zur Stammrolle haben sich am Freitag, den 24. ds. Mts., von 9—1 Uhr, anzumelden: die Militärpflichtigen der Stadt Lübeck und der Vorstädte, deren Name mit dem Buchstaben R. oder L. anfängt.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Freitag geht zum vierten Male „Die Perleberg“ in Scene. Als zweite Schilke- und Fortsetzung der kleinen Perleberg findet am Abend die 6. Aufführung in Lübeck von „Prinz Friedrich“ statt; letzteres Schauspiel in 5 Akten von Heinar Baube, welches i. Bt. in Preußen nicht aufgeführt werden durfte. Mittwoch wird die berühmte moderne Tragedia „König Bertens“, vom Deutschen Theater in Berlin, als „Janetta in der „Rothem Korb“ an unserem Theater gegeben.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ein Trödler brachte zur Anzeige, daß ihm von seinem Hausflur ein blauer, glatter Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen, 2 Reihen dunklen Hornknöpfen und hellgrauem karrierten Futter, gestohlen sei. — Ein Feuerhändler zeigte an, daß ihm aus seinem an der Wallstraße belegenen verschlossenen Kofeschuppen mittels Einbruchs etwa 10 Sacl Kofes gestohlen seien. — Von dem Wagen eines hiesigen Händlers wurde ein Korb mit Schwären gestohlen. — Gegen den Hausknecht eines hiesigen Restaurateurs wurde seitens seines Dienstherrn Anzeige wegen Unterschlagung erstattet.

pb. Festgenommen wurden am gestrigen Tage 3 wölf Personen wegen Bettelns und 3 Personen wegen Trunkenheit.

Schlutup. Die technische Entwicklung schreitet immer weiter vorwärts; neue, verbesserte Maschinen werden erfunden. Leider gereicht dieser Fortschritt der Entwicklung den Arbeitern in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht zum Segen, denn mit der Einführung einer jeden neuen Maschine werden Hunderte fleißiger Arbeiter zur Unthätigkeit, zum Hunger und Elend verdammt. So wird auch in der Wöge'schen Sägemühle die Einführung einer Holz-Hackmaschine geplant, durch welche viele Arbeiter ihre Beschäftigung verlieren. Tropdem aber dürfen wir uns nicht von der Ansicht leiten lassen, daß die Arbeiterklasse gegen die Einführung solcher Arbeiter ersparender Maschinen Front machen mußte. Jeder technische Fortschritt bedeutet vielmehr einen weiteren Schritt zur Be-

seitigung des Kapitalismus; jede neue Maschine ist demnach ein Nagel zum Sarge der heutigen Gesellschaftsordnung. Dieser Entwicklung die Bahn zu ebnen durch Aufführung der uns noch Fernstehenden, durch rege Agitation für die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, und nicht minder durch Werbung neuer Abonnenten für die Arbeiterpresse, das ist die Aufgabe eines jeden Arbeiters. Wenn ein Jeder seine Pflicht thut, dann wird auch die Zeit nicht mehr allzufern sein, wo die Erfindung neuer Maschinen nicht wie heute, einzelnen Menschen, sondern der Gesamtheit zu Gute kommt. Erst dann wird die Maschine der Menschheit zum Segen gereichen!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Durch die Explosion einer mit Wasser angefüllten Steintrufe in einem Ofen in der Drifkraft L o d w i g wurde ein kleines Kind, welches in der Stube spielte, stark durch das siedende Wasser verbrannt, Ofen und Stubengeräthe sind ebenfalls stark beschädigt. Sogar Ferkelscheiben wurden durch den Luftdruck zertrümmert. — Allgemeine Aufmerksamkeit erregt in Krempe (Holstein) ein seltener Vorfal. Der frühere Kaufmann K. verkaufte vor etwa vier Jahren sein Geschäft und wohnte seitdem mit seinem Vater, welcher ein ansehnliches Vermögen besaß, und mit seiner Ehefrau gemeinschaftlich in einem Hause. Dann hat Herr K. durch einen notariell geschlossenen Vertrag sein ganzes vorhandenes Vermögen seiner Ehefrau vor anderthalb Jahren geschenkt. Nun ist Herr K. von seinem Vater und seiner Ehefrau anstandslos aus dem Hause gewiesen und hat sich als gänzlich arm und mittellos der Armenverwaltung zugewendet, welche ihm vorläufig Unterkunft und Verpflegung im dortigen Armenhause gewährt und das Weitere in dieser Angelegenheit veranlassen wird. Man darf dem Ausgang dieser Sache mit Spannung entgegensehen. — Die Gemeindevertretung in Lägerdorf (Holstein) beschloß, Nothstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Man hofft, die größte Anzahl der Arbeitslosen so lange mit Arbeit versehen zu können, bis der Betrieb in den großen Zementfabriken wieder größeren Umfang annimmt. Die Nothstandsarbeiten sollen unter eigener Regie und der Aufsicht einer Kommission ausgeführt werden. — Erhebliche Verletzungen erlitt, nach einer Wundung aus Oldesloe, der Bahnarbeiter Comdühr beim Sprengen eines Baumstammes auf dem Seefelder Gebiete. Er wurde durch einen abfliegenden Splitter so unglücklich am Fuß getroffen, daß man ihn in seine Wohnung tragen und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — Die Hamburg-Amerika-Linie verlegt vom April ab die Abfahrten ihrer Postdampfer von Sonntag auf Sonnabend. — Der Hamburger Senat lehnte das Gesuch des Gewerkschaftsartells auf Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises ohne stichhaltige Gründe ab. Das war bei der innigen Freundschaft, welche zwischen dem Hamburger Oberscharfmacher Blohm und den Senatoren besteht, voranzuzufahren. — Durch Explosion einer Benzinquelle wurde Dienstag Nacht ein Arbeiter in Hamburg tödtlich verletzt. — Ein von seiner Frau getrennt lebender Gärtner drang Dienstag Nacht in die Wohnung seiner Frau in Hamburg ein und drohte, sie zu erschlagen. In ihrer Angst griff die Frau nach dem Messer und zerschlug sich dabei die Hand. Der laubere Ehemann wurde, ehe er weiteres Unheil anrichten konnte, verhaftet. — In der Nacht zum Mittwoch brannte die Palmkernölfabrik von Kohlee u. Thörl in Harburg vollständig nieder. Der Schaden ist ein ganz enormer. — Freiwillig in den Tod gehen wollte in Harburg ein Uhrmacher-Gespaar und ein 18-jähriger Nefse. Sie versuchten, sich in ihrer Wohnung zu vergiften, wurden aber noch rechtzeitig bemerkt. Ueber die Gründe der traurigen That herrscht vollständiges Dunkel. — Die oldenburgische Gallot „Hoffnung“ ist mit der Besatzung in der Nordsee untergegangen. — Bei Cuz haben strandete Sonntag Abend der Finkenwärders Fischerfutter „H. F. 194“; erst am Montag Abend wurde das Unglück bekannt. Die drei Mann der Besatzung hatten sich in den Masten gebettet. Nur unter großen Anstrengungen gelang es, die Schiffbrüchigen von ihrem gefährlichen Platz hinweg an's Land zu bringen.

Hamburg. Sind die Hamburger Altkordmänner Parteigenossen? Nach einem im „Hbg. Fremdenbl.“ abgedruckten Versammlungsbericht der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“ hat der Parteivorstand die Frage bejaht. Es wurde nämlich in der betreffenden Versammlung das Antwortschreiben des Parteivorstandes auf die seitens der „Freien Vereinigung“ an denselben gerichtete Frage, ob die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ noch ein Anrecht darauf besitzen, sich das Prädikat „Sozialdemokrat“ beilegen zu dürfen, oder ob sie sich als aus der Gesamtpartei Deutschlands ausgeschlossen betrachten müssen, verlesen. In diesem Antwortschreiben, welches leider in unserem Zentral-Organ noch nicht zum Abdruck gekommen ist, heißt es nach dem „H. F.“ u. A., daß der Ausschluß aus der Partei von keiner der zuständigen Instanzen ausgesprochen worden sei. Ferner wird in dem Schreiben darauf verwiesen, daß der Ausschließungsbeschluß der 3 sozialdemokratischen Vereine nur lokaler und nicht zentraler Natur sei. Bezüglich der Gründung einer Sonderorganisation bemerkt der Parteivorstand, daß eine solche nicht anerkannt werden würde. — Die Altkordmänner können nach diesem Bescheid also in sämtlichen Orten Deutschlands — mit Ausnahme Hamburgs — Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine werden. Wir werden uns mit dieser Sache, sobald etwas Authentisches vorliegt, noch eingehender befassen.

Kiel. Unternehmerr-Patriotismus auf Kosten der Arbeiter. Die „berühmte“ „Germania-Werft“ ließ durch ihren Direktor Rauchsfuß an die Arbeitervertreter das Ansinnen stellen, sie sollten an Geburtstage des Kaisers feiern. Die Vertreter lehnten diese Zumuthung jedoch einstimmig ab. Es ist in der That eine ganz unverschämte Zumuthung an die Tausende fast ausschließlich sozialdemokratischer Arbeiter, durch eine Arbeitsruhe am Geburtstage des Kaisers der „Germania-Werft“ den empfehlenden Ansprüch eines besondern „Patriotismus“ zu verleihen. Wenn Herr Krupp, der Pächter der „Germania-Werft“, durch eine Demonstration seine Loyallität nach oben hin bekunden wollte, so hätte er den Arbeitern den Lohn für den ausgefallenen Arbeitstag zahlen sollen, er hat's ja dazu. Aber soweit geht der Patriotismus selbst des Herrn Krupp nicht; sogar die Kosten für die patriotische Unternehmerr-Kessame sollen die Arbeiter zahlen!

Apenrade. Das Vereinsrecht und die Verpreuungspolitik. Wir haben bereits berichtet, daß die Polizei die in Apenrade bestehenden Mitgliedschaften verschiedener gewerkschaftlicher Zentralverbände aufgefordert hat, die ausländischen Mitglieder (es kommen hier natürlich nur Dänen in Betracht) auszuschließen und den Vollzug dieses Befehls binnen kurzer Zeit der Polizei zu melden. Selbstverständlich waren die lokalen Mitgliedschaften keineswegs geneigt, sich zu Werkzeugen der Verpreuungspolitik herzugeben, und sie hegen also die Absicht, den Kampf um das Vereinsrecht auf gerichtlichen Wege durchzuführen — eine Absicht, die gewiß nur zu billigen ist. Indessen stehen sie hiermit auf Widerstand, wo sie solchen nicht erwartet hatten, nämlich bei den Zentralvorständen der Gewerkschaften! Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ theilt die Apenrader Mitgliedschaft des Buchdruckerverbandes mit, daß auch an sie das Anfinnen gestellt worden sei, ausländische Mitglieder auszuschließen. Sie habe dieses Anfinnen jedoch, trotzdem

sowohl der Gauvorstand als auch der Zentralvorstand ein zu Kreuze-Griechen empfohlen habe, abgelehnt. Falls es zum Kampfe kommen und der Zentralvorstand die Mittel zur Durchführung desselben verweigern sollte, dann will die aus 18 Personen bestehende Mitgliedschaft sich direkt an die Öffentlichkeit, d. h. an die Mitglieder des Verbandes, wenden. Nun, hoffentlich besinnt sich der Zentralvorstand noch eines Besseren und giebt event. die Mittel her zum Kampfe gegen die Verpreuungspolitik der Apenrader Polizei. Das Interesse der Organisation erfordert ein energisches Vorgehen gegen eine solche, auf ungesetzlicher Basis beruhende Polizeivillkür. — Doch der Zentralvorstand des Buchdruckerverbandes steht nicht allein mit dem Rath, sich der Polizei lieblich zu unterwerfen. In unserem Kieler Parteiorgan wird nämlich über eine Sitzung des Apenrader Gewerkschaftskartells u. A. Folgendes berichtet: „Eine lebhafte Debatte entspann sich über das Vorgehen der Polizeibehörde gegen die Gewerkschaften einerseits und über das Verhalten des Zentralvorstandes der Maurer und der

Hilfsarbeiter in dieser Angelegenheit andererseits. Die genannten Vorstände hatten nämlich den hiesigen Rathstellen den Rath erteilt, die Ausländer sollten vorläufig aus dem Verband ausscheiden! Dieses Vorgehen wurde einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, im „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ dazu Stellung zu nehmen. Die Maurer allein haben sich diesem, vom Hauptvorstand erteilten Rath unterworfen, so mußten zwei Ausländer, die dem Verbands angehörten, ausscheiden.“ Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Zentralvorstände ihren Mitgliedern einen solchen Rath erteilen können. Haben denn die Vorstandsmitglieder jegliches Rückgrat verloren?

Briefkasten.

Bei Zuschriften an die Redaktion bitten wir, nur schmales Papier zu verwenden und dasselbe nur auf einer Seite zu beschreiben.

Am Mittwoch entließ nach kurzer schwerer Krankheit unser kleiner süßer Willi im Alter von 1 Jahr.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Verwandten **Karl Schmidt und Frau** geb. Kalk.

Gesucht zu Düren ein Lehrling für meine Pelzwaaren- und Mützenfabrikation. **E. Hirsckorn, Sandstraße 20.**

Unterzeichneter beabsichtigt seinen schönen, neuen, großen **Gasthof Zum blauen Bell, Lübeck** — Burgstraße 45 — zu verkaufen. **M. Schütt, Weinhandlung**

Grosse Auction! am Freitag den 24. Januar 1902 Nachmittags 2 1/2 Uhr **14 Hundestraße 14**

über: 1 Sopha mit 4 Polsterkissen, 1 Sopha, 1 großes Schlafsofa, 2 zweithürige Kleiderschränke, 1 einthüriger Kleiderschrank, 1 Leinwand, 1 neues Bettcom, Küchenschrank, 1 Krankenstuhl in Rohrgerüst, ca. 20 Mille Cigaretten allerbesten Marken, ca. 500 Pfund Seife, Apfelsinen, Walnüsse, Portemonnaies, Schuhwaaren, ein großer Posten Obeur und vieles u. Ger. u.

Joachim Ch. B. Schmehl, Auctionator und Taxator

! Heute Abend! Prima Rindfleisch 45 Pfg. Kalbfleisch 40 Pfg. Hammelfleisch 50 Pfg.

liefert **Fritz Möller, Wafenmacher 86,** bei der Großen Gröp-Grube.

Pa. Rindfleisch Pfd. 40 u. 45 Pfg.
Schweinefleisch Pfd. 65 -
Hammelfleisch . . . 50 -
Kalbfleisch . . . 40 -
Schmalz . . . 70 -
Pr. gekochte Mett- u. Leberwurst Pfd. 60 Pfg., Sülze u. Braunsch. Wurst Pfd. 50 Pfg.

W. Strohsfeldt
Glockengießerstraße 73
Marktallenstand Nr. 13, 14 und 15.

Pr. geräuch. Schweinefleisch Pfd. 80 Pfg.
Schweinschöpfe . . . 45
Saffeler Rippelbeer . . . 90
geräuch. Rastenschilde . . . 85
H. Aufschnitt per Pfd. 50 Pfg. bis 1.60 Pfd.
Jeden Sonnabend 5 Uhr:

Heisse Knackwurst
M. Labrtz, Schlachtermstr.
Fischerweh 1291. Böttcherstraße 16.

Prima Kopffleisch
Prima Sauerfleisch
Prima Brodwurst
Prima Schwarzsauer

empf. ist **Chr. Scheel, Wafenmacher 33.**

W.F. Fiencke, Sargmagazin,

Paulstr. 16.
Groß. Lager fert. Särge in jeder Preislage u. Größe. Einleitung in Sittung, Satin, Seide und Atlas. Metallfärge in verschiedenen Farben. Preise billigst.

Sparsamkeit erhält das Haus!
Petroleum-Blühpatrone.

Bei Anwendung der Patrone die denkbar höchste Leuchtkraft und ca. 50 Procent Petroleum-Ersparnis. Zu haben für Stadt bei: **Fritz Kruse, Schäffelbuden.**

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Inhalt „Lübeck und Rathenow-Bier“ und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Redakteur: Theodor Schwarz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sammlische in Lübeck.

Geschäfts-Gröpfung.

Hiermit theile ich ergebenst mit, daß ich

Fackenburg Allee 42c

Stehbierhalle sowie Tabak- u. Cigarrengeschäft

eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch

Hochachtungsvoll

J. Kähler.

Dem Beispiel meiner Kollegen folgend und den allgemeinen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, veranlasse auch ich einen **„außergewöhnlichen Ausverkauf“** zu ganz besonders herabgesetzten Preisen. Während des Ausverkaufs auf die ermäßigten Preise noch **10 % Rabatt.** Resten zu Kleidern, Blousen, einzelnen Bett- und Letzt mit **20 % Rabatt.** Da ich bekanntlich nur gute Waare führe, günstige Gelegenheit zu Confiturations- und Braut-Anschaffungen. Beginn des Ausverkaufs: **Sonnabend den 25. Januar cr.** **Gr. Burgstraße 32. L. Duve, Lübeck, Gr. Burgstraße 32.**

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Freitag den 31. Januar 1902

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

(Großer Saal)

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1901.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Abänderung der §§ 3, 4, 10 (d, e, f), 20, 23, 27, 28, 40, 41, 47, 50 (2), 55 (3), 56.
4. Neuwahl des Vorstandes und zweier Aufsichtsrathsmglieder.
5. Vertheilung von 2000 Bröden à 50 Pfg. an die Arbeitslosen.
6. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns vom Jahre 1901.

An der Generalversammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Antheilscheine legitimiren müssen.

Der Vorstand.

NB. Vom 24. Januar bis 31. Januar d. Jz. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1901 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, ausgelegt.

Oeffentliche

Schneider- und Schneiderinnen-

Versammlung

am Freitag den 24. Januar 1902

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Referent: **H. Stähler-Hamburg.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Lohnkommission.

Zu vermieten zum 1. April Mengstraße 68 eine Stügelwohnung Nr. 180, 2 Wohnungen, Hintergebäude, à Nr. 140. Näheres Böttcherstraße 59.

Son heute zu loyale H. Weidenfeller Pfd. 1 10 Pfg., feinste Margarine Pfd. 60 u. 70 Pfg., Land-Cier, jeden Tag frische Waare. A. Weidenfeller, Pfaffenstr. 15.

Empfehle K. Land-Mett- und Leberwurst von 100 Pfg. an. Pfaffenstrasse 15.

Achtung! Postdienerarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 24. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Quartals- und Jahresabrechnung und Wahl eines Schriftführers.
2. Abrechnung vom Weihnachtsest.
3. Berathung betr. Einführung von Kontrollkarten.
4. Kartellbericht.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zum **Grossherzog v. Mecklenburg** Große Burgstraße 11.

Heute Donnerstag den 23. Januar 1902

Großes Concert

mit **Bockbier - Ausschank.**

Hierzu ladet freundlichst ein

Ludwig Puls.

Einladung zum

BALLE

der Arbeiter und Arbeiterinnen der Bäckerei, Brateret u. Fischconserven-Fabrik der Firma

J. F. Jäger

am Freitag den 24. Januar 1902

im Lokale des Herrn S. Lüth, Hansa-Halle.

Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.

Herrenkarte 50 Pf. Der Vorstand.

Circus Variété.

Nur noch

3

Vorstellungen

finden von diesem mit so colossalem Beifall aufgenommenen

Riesen-Specialitäten-Programm

statt.

(Alle Billets gültig.)

Sonntag:

Letzte Vorstellung.

Stadt-Theater.

Freitag den 24. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr

97. Abon. Vorst. 116. Vorst. 17. Freitag, 18. Ab.

Zum 4. Male:

Alt-Heidelberg.

Sonabend den 25. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr

20. Vorstellung außer Abonnement.

10. Schüler- und Volksvorstellung bei Kle.

Erst-Aufführung in Lübeck von

Prinz Friedrich.

Sikor. Schauspiel in 5 Akten von Heint. Paule.

Sonntag den 26. Januar. Nachm. 4 Uhr.

Bei Mittelpreisen:

Wiener Blut.

Abends 7 Uhr:

Carmen.